

Datum: 07.05.2010

Zum Abschluss der Kommunalreform:

Land muss Selbstverantwortung von Städte und Gemeinden stärken SGSA fordert nach der Reform Gestaltungsraum ein

Magdeburg.- Mit einer kritischen Analyse des zweiten Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform hat der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA) sich aus Anlass der Beratungen im Landtag zum Abschluss Reform geäußert. In einer Pressekonferenz zogen SGSA-Präsident und Haldenslebens Bürgermeister Norbert Eichler, Erster Vizepräsident Dr. Eberhard Brecht (Quedlinburg) und SGSA-Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel Bilanz: „Positiv ist, dass die Reform jetzt zu Ende gebracht wird“, betonte Eichler. „Negativ ist, dass der Weg nicht nur verschlungen sondern in weiten Bereichen zunächst über Sackgassen geführt hat.“ Viele Kommunalpolitiker seien unzufrieden und fühlten sich vor allem in ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung beeinträchtigt.

„Eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren wird es sein“, so Eberhard Brecht, „die Menschen mitzunehmen in die neuen Strukturen und ihnen in den neuen Städten, Gemeinden und Verbandsgemeinden Heimat zu geben.“ Für den SGSA sei es deshalb besonders wichtig, dass die neuen Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden rasch Konturen entwickeln könnten. „Dazu gehört neben der Balance

zwischen Finanzausstattung und der Zuweisung von Aufgaben ein besserer Bürgerservice vor Ort“, betonte Bernd Kregel. „Die Interkommunale Funktionalreform ist deshalb kein akademisches Thema, sondern eine Herausforderung an eine bürgerorientierte Landespolitik.“

Exemplarisch hierfür nannten die SGSA-Vertreter die Übertragung der Aufgabe der „Führerscheinstellen“. „Fast jeder Bürger braucht einen Führerschein“, betonten Eichler und Brecht, „und das können die Einwohnermeldeämter erledigen, die die Personalausweise ausgeben!“ Ohnehin müssten die Führerschein-Anwärter Bestätigungen der Einwohnermeldeämter nachweisen, sodass eine Bündelung für alle Beteiligten von Vorteil wäre. Der SGSA erwarte von Landtag und Landesregierung jetzt schnell Klarheit über die Aufgabenausstattung der neuen Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden und keine unverbindlichen ‚Schiebeerklärungen‘.

Auch die innergemeindliche Verfassung müsse rasch auf Funktionalität hin überprüft werden und Gemeinde- und Ortschaftsräten mehr Freiheiten einräumen, betonten die Bürgermeister. „Es kann doch der jeweiligen Absprache zwischen Verwaltung und Ortschaftsrat vorbehalten bleiben, ob sich der Ortschaftsrat ein Gesamtbild über den Haushalt der Gemeinde verschaffen will oder er sich auf die Teile des Haushalts konzentriert, die die eigene Ortschaft betreffen“, meinte Norbert Eichler. „Jedenfalls ist es nicht sinnvoll, mit Rechtsverpflichtung die Gemeinden zu zwingen, allen Ortschaftsräten den kompletten Haushalt zustellen zu müssen.“

In der Summe sind sich die SGSA-Vertreter einig: „Jetzt gilt es, Ruhe, Verlässlichkeit und Gestaltungsraum in die gemeindliche Ebene zu bekommen. Das wird vor allem dem Land Sachsen-Anhalt helfen, sich für die Zukunft zu rüsten.“